

Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128 / 246712
E-Mail: SPD-FraktionRTK@t-online.de
Fraktionsvorsitzender: Georg A. Mahr

08. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Willsch,

bitte nehmen Sie den nachstehenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen



16/17

Georg A. Mahr

Dringlichkeitsantrag: Ortsumgehung Esch schnell realisieren - B8-Ausbau in einem Guss planen und umsetzen

Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich angesichts der Verkehrssituation und der hohen Belastung mit Durchgangsverkehr für die Anwohner entlang der B8 im Ortsteil Esch bei der Hessischen Landesregierung nachdrücklich dafür einzusetzen, die im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf eingestufte Maßnahme zügig zu planen und umzusetzen. Es kann und darf nicht sein, dass der Ausbau in Esch auf die lange Bank geschoben wird während die übrigen Maßnahmen an der B8 in die Umsetzung kommen. Die Folgen könnten für Esch erhebliche Mehrbelastungen bedeuten.

Um dies zu verhindern und dafür zu sorgen, dass auch die anderen Maßnahmen nicht verzögert werden, müssen die Planungen zusammengeführt und aus einem Guss zügig vorangetrieben werden. So kann sichergestellt werden, dass die Verkehrsentlastung und damit ein Zugewinn an Lebensqualität für alle Anwohner an den betroffenen Streckenabschnitten der B8 Fahrt aufnehmen kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Die außerordentlich hohen Verkehrsbelastungen der Ortslagen entlang der B8 erfordern rasches politisches Handeln. Die sog. Hessische Priorisierung der Straßenbauprojekte des Bundes im vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans wird aktuell erstellt, der Kreistag sollte hierzu möglichst zeitnah Stellung beziehen.

Eine Beratung des Antrages noch in der aktuellen Kreistagssitzung ist deshalb dringend geboten.

Begründung:

Alle Ortslagen entlang der B 8 sehen sich einer außerordentlich hohen Verkehrsbelastung ausgesetzt.

Diese verschärft sich bei Unfällen und Staus auf der A 3 noch einmal in erheblichem Maße. Die Belastung der Bürger hat im Ortsteil Esch das erträgliche Maß schon lange überschritten. Aber auch das Umland wird durch das Nadelöhr und seine zeitaufwändige und nervenaufreibende Durchquerung im Stopp-and-Go-Verkehr erheblich beeinträchtigt. Gesundheitspolitisch wie auch verkehrstechnisch sind die Ortsumgehungen entlang der B8 mehr als geboten.

Eine zufriedenstellende Lösung kann es auf Dauer nur geben, wenn der erhebliche Durchgangsverkehr aus den Ortslagen herausgenommen und über eine lärmgeschützte, Naturschutzbelange berücksichtigende Umgehung in einem gleichmäßigen Verkehrsfluss an den Ortslagen vorbeigeführt wird.

Dabei sind die Planungsstände der drei Umgehungen sehr unterschiedlich. Beispielsweise hat Bad Camberg bereits Baurecht und Lindenholzhausen wird die Planung durch eigene Vorfinanzierung vorantreiben.

In Esch sind die Planungen noch nicht aufgenommen worden. Eine Eigenfinanzierung ist auf Grund der Finanzlage der kleinen Gemeinde nicht denkbar.

Bei derzeitigem Planungsstand ist es absehbar, dass bei der Umsetzung der Maßnahmen, sich das Verkehrsaufkommen in Esch auf unerträgliches Maß erheblich weiter verschärfen wird.

Im neuen Bundesverkehrswegeplan sind die Ortsumgehungen entlang der B8 deshalb richtigerweise zusammengefasst worden und haben gemeinsam den Status des vordringlichen Bedarfs erhalten. Dieser Status sichert die Finanzierung der Maßnahme durch den Bund. Die Straßenbauverwaltung des jeweiligen Landes handelt dabei „nur“ im Auftrag. Es handelt sich um eine Maßnahme des Bundes. Über das ob entscheidet mithin der Bund.

Hessen Mobil könnte daher nun unverzüglich im Auftrag des Bundes das Straßenbauprojekt umsetzen. Nun kommt aber eine neuartige Besonderheit des Hessischen Verkehrsministeriums unter der Führung von Tarek Al-Wazir (Grüne) der Umsetzung dazwischen.

Ohne erkennbare Berechtigung beschäftigt sich das Ministerium mit einer sog. Hessischen Priorisierung der Straßenbauprojekte des Bundes im vordringlichen Bedarf. Obwohl also der Deutsche Bundestag Maßnahmen legitimiert und Geld des Bundes zur Verfügung gestellt hat, sollen die Hessischen Projekte noch einmal priorisiert werden!

Das ist unverantwortlich gegenüber den Menschen, die dringend auf eine solche Umgehungsstraße warten! Ein solches Verhalten im Rahmen der Auftragsverwaltung entbehrt daneben jeglicher rechtlichen Grundlage. Es bremst den dringlich angezeigten Ausbau der Infrastruktur in Hessen weiter ab.

Die Bürgerinitiativen entlang der B8 haben sich bereits zusammengeschlossen und kämpfen gemeinsam für die Umgehungen. Zusätzlich bedarf es eines deutlichen politischen Signals auch der Kreispolitik im Rheingau-Taunus-Kreis, dass diese hinter den Menschen in Esch steht und vom Land Hessen erwartet, dass die Ortsumgehung angegangen und in angemessene, Zeitraum realisiert wird.